

Autoritäre Regime - keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung

Köllner, Patrick

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Köllner, P. (2008). *Autoritäre Regime - keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung*. (GIGA Focus Global, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-275510>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung

Patrick Köllner

Nordkorea, Myanmar oder jüngst wieder Simbabwe: Immer wieder geraten autoritäre Regime durch Rüstungsprogramme, die Unterdrückung oppositioneller Kräfte, die Missachtung der Leiden der eigenen Bevölkerung und anderes mehr in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Gleichzeitig liefern erstarkende „autoritäre Großmächte“ wie die VR China potenziellen Nachahmern ernst zu nehmende Gegenentwürfe zur liberalen Demokratie.

Analyse:

Die so genannte „dritte Welle“ der Demokratisierung hat mitnichten zu einem Aussterben autoritärer Regime geführt; zurzeit werden mindestens ein Viertel aller Nationalstaaten und damit rund ein Drittel der Weltbevölkerung autoritär regiert. Allerdings zeigt der Vergleich deutliche Unterschiede in regionaler Hinsicht wie auch bezüglich der Stabilität verschiedener Typen autoritärer Regime auf.

- Seit dem Ausklingen der „dritten Welle“ Mitte der 1990er Jahre hat sich an der weltweiten Verbreitung demokratischer, autoritärer und hybrider Regimen nur wenig verändert. Hohe Anteile autoritärer Regime weisen der Nahe Osten, Afrika, Asien sowie die Nachfolgestaaten der UdSSR auf. Die größte Gruppe autoritärer Regime bilden seit den 1990er Jahren diejenigen, in denen ein staatlicherseits beschränkter Mehrparteienwettbewerb existiert.
- Die spezifische Natur autoritärer Regime wirkt sich auf deren Überlebensfähigkeit aus. Einparteieregime, Monarchien und personalistisch gefärbte Regime bestehen im Durchschnitt länger als Militärregime.
- Ressourcenreichtum sowie die Existenz politischer Institutionen wie Wahlen, Parteien und Parlamente erhöhen tendenziell die Überlebensfähigkeit autoritärer Regime, bilden aber keineswegs die einzigen Stützen autoritärer Herrschaft.
- Erstarkende „autoritäre Großmächte“ stellen die westliche Welt vor neue Herausforderungen.

Schlagwörter: Autoritäre Regime, interregionaler und regionenübergreifender Vergleich

1. Autoritäre Regime und die „dritte Welle“ der Demokratisierung

Ceausescu, Milosevic, Pinochet, Mobutu, Charles Taylor, Saddam Hussein – die Liste mehr oder weniger bekannter Diktatoren, die in den vergangenen 20 Jahren die Macht verloren haben und teilweise gewaltsam zu Tode kamen, ließe sich beliebig verlängern und suggeriert, dass es sich bei autoritären Herrschern und den mit ihnen verbundenen Regimen um eine aussterbende Spezies handle. Der US-amerikanische Präsident George W. Bush schien diesen Eindruck zu teilen, als er im März 2005 erklärte: „Der Trend ist klar: Im Nahen Osten und in der gesamten Welt ist die Freiheit auf dem Vormarsch“ (zitiert nach Dinmore 2007). Sollte sich also doch noch die bekannte These von Francis Fukuyama (1992) bewahrheiten, der zufolge nach dem Ende des Kalten Krieges die Verbindung von liberaler Demokratie und kapitalistischer Wirtschaftsordnung ohne echte Alternative sei?

Ein Blick auf die reale Entwicklung politischer Systeme in den vergangenen rund 30 Jahren erfreut und ernüchtert zugleich. Laut Freedom House stieg der Anteil der Nationalstaaten und Territorien, die von dieser Organisation als „frei“ eingestuft wird, zwischen 1977 und 2007 von 28 auf 47 Prozent, während der Anteil „nicht freier“ Länder von 41 auf 22 Prozent fiel (vgl. Tabelle 1). Mithin hat seit dem Beginn der so von Samuel Huntington (1991) bezeichneten „dritten Welle“ der Demokratisierung, die ihren Ausgang 1975 in den Systemtransformationen auf der iberischen Halbinsel nahm, eine veritable Umkehrung der (rein numerischen) Kräfteverhältnisse zwischen Demokratien und autoritären Regimen stattgefunden. Indes muss Wasser in den Wein geschüttet werden: Erstens wurde auch 2007 nur knapp die Hälfte aller Länder als „frei“ eingestuft. Zweitens blieb der Anteil lediglich „teilweise freier“ Länder in der Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus zwischen 1977 und 2007 mit 31 Prozent unverändert hoch. Und drittens ist unübersehbar, dass seit dem Abflauen der „dritten Welle“ Mitte der 1990er Jahre die weltweite Verbreitung der Demokratie nur noch wenig vorangekommen ist. So nahm zwischen 1997 und 2007 der Anteil der als „frei“ eingeschätzten Länder nur um fünf Prozentpunkte zu, während der Anteil der als „nicht frei“ eingeschätzten Länder um sechs Prozentpunkte zurückging. Demokratische Durchbrüche wurden dabei zwar auch in größeren Staaten wie Indone-

sien, Mexiko und der Ukraine erzielt, andererseits waren aber auch autoritäre Reversionsprozesse in strategisch wichtigen Ländern wie Russland und Nigeria zu verzeichnen. Freedom House spricht denn auch allgemein von einer „Stagnation der Freiheit“ und warnt gleichzeitig vor einem Zurückdrängen regierungskritischer Zivilgesellschaftsorganisationen und Medien seitens autoritärer Regime. Selbst in den „Hochburgen“ der Demokratie, den USA und Westeuropa, sind – vor allem vor dem Hintergrund des 11. September – Einschränkungen von Freiheitsrechten infolge verschärfter Immigrationsvorschriften und Antiterrormaßnahmen zu beobachten.

Tabelle 1: Entwicklung politischer Regime 1977-2007

Jahr	Freie Länder		Teilweise freie Länder		Nicht freie Länder	
1977	43	28%	48	31%	64	41%
1987	58	35%	58	34%	51	30%
1997	81	42%	57	30%	53	28%
2007	90	47%	60	31%	43	22%

Quelle: Freedom House 2008.

Hinzuweisen ist schließlich auf regionale Unterschiede in der Verbreitung autoritärer Herrschaft. Die höchste Konzentration autoritärer Regime weisen der Nahe Osten und Nordafrika auf: Elf der 18 Länder dieser Region wurden bezogen auf das Jahr 2007 von Freedom House (2008) als „nicht frei“ eingeschätzt (vgl. Tabelle 2). Größere Anteile autoritärer Regime wiesen im selben Jahr aber auch das subsaharische Afrika (29% = 14 Länder), das pazifische Asien (26% = 10 Länder) und die Region Mittel- und Osteuropa/ehemalige Sowjetunion (25% = 7 Länder) auf. Demgegenüber gibt es in Westeuropa keine autoritären Regime, und auf dem amerikanischen Kontinent lässt sich mit Kuba nur ein Regime verorten, das klar als „nicht frei“ oder autoritär eingestuft werden kann. Zu beachten ist dabei, dass die Gruppe „nicht freier Länder“ keineswegs homogen ist. Beträchtliche Unterschiede gibt es etwa, was die Existenz funktionsfähiger Staatsapparate oder die effektive Kontrolle des Staatsterritoriums angeht, wie bereits die Gegenüberstellung von Nordkorea und Somalia zeigt (Snyder 2006).

Tabelle 2: Regionale Muster politischer Regime 2007

Region	Freie Länder		Teilweise freie Länder		Nicht freie Länder	
Asien/Pazifik	16	41%	13	33%	10	26%
Nord- und Südamerika	25	71%	9	26%	1	3%
Mittel- und Osteuropa/ Nachfolgestaaten UdSSR	13	46%	8	29%	7	25%
Naher Osten	1	6%	6	33%	11	61%
Subsaharisches Afrika	11	23%	23	45%	14	29%
Westeuropa	24	96%	1	4%	0	0%

Quelle: Freedom House 2008.

2. Typen autoritärer Herrschaft

Unterschiede lassen sich auch mit Blick auf die Dauerhaftigkeit und Stabilität verschiedener Typen autoritärer Regime ausmachen. Barbara Geddes (1999) hat gezeigt, dass Militärregime eine durchschnittliche kürzere Lebenserwartung aufweisen als personalisierte Regime, die wiederum tendenziell weniger lange überleben als Einparteieregime. Sie begründet die geringere durchschnittliche Lebensdauer von Militärregimen damit, dass diese in sich den Keim ihrer Desintegration trügen; Übergänge aus der Militärherrschaft in andere Regimetypen begannen üblicherweise mit Spaltungen innerhalb der militärischen Elite. Personalisierte Regime sind laut Geddes zwar weniger anfällig für interne Spaltungen als Militärregime, aber andererseits auch weniger robust als Einparteieregime, da personalisierte Regime nur selten das Ableben der zentralen Führungspersonlichkeit längere Zeit überstünden, in der Regel vergleichsweise schmale Unterstützerbasen aufwiesen und verletzlich angesichts von Wirtschaftskrisen seien. Einparteieregime schließlich weisen nicht nur weniger interne Quellen der Instabilität auf und vertragen den Tod ihrer Gründer und gegenwärtigen Führer besser als Militär- und personalisierte Regime, sondern sichern sich Loyalität (zumindest von Teilen der Gesellschaft) durch die Kontrolle über die Verteilung von Bildungschancen, Arbeitsplätzen, Posten in Partei und Regierung sowie anderem mehr.

Die von Geddes benutzte Unterscheidung von Militär-, personalisierten und Einparteieregimen stellt vielleicht den bekanntesten, aber keineswegs den einzigen Versuch dar, verschiedene Spielarten

autoritäre Regime zu klassifizieren. Ebenfalls recht bekannt ist die ältere Unterscheidung zwischen autoritären und totalitären Regimen, die aber angesichts des Aussterbens „echter“ totalitärer Regime an Bedeutung für aktuelle Analysen nichtdemokratischer politischer Systeme verloren hat. Des Weiteren ist versucht worden, Ausprägungen extrem personalisierter Herrschaft („Sultanismus“) oder aber Mischformen personalisierter und bürokratiegestützter Herrschaft („Neopatrimonialismus“) zu beschreiben und einer weitergehenden Analyse zuzuführen.

Die gesamte Spannbreite autoritärer Regime versuchen Axel Hadenius und Jan Teorell (2007) zu erfassen, die drei grundlegende Typen unterscheiden: Monarchien, Militär- und elektorale Regime. Zeichnen sich Monarchien durch Erbfolge oder die Weitergabe der politischen Macht innerhalb der Herrscherfamilie aus, gründet die Herrschaft von Militärs auf der Ausübung militärischer Gewalt oder aber deren Androhung. Elektorale Regime schließlich weisen Wahlen auf, die allerdings keineswegs frei und fair sind. Hadenius/Teorell argumentieren ebenfalls, dass die Natur autoritärer Regime deren jeweilige Überlebensfähigkeit und Dauerhaftigkeit beeinflusst. Sie bestätigen auf Basis ihrer Datensammlung für die Jahre 1972 bis 2003, dass Militärregime kurzlebiger als Einparteieregime sind: Hatten innerhalb dieses Zeitraumes bestehende Militärregime im Durchschnitt gut elf Jahre Bestand, kamen Einparteieregime immerhin auf knapp 18 Jahre. Wie Hadenius/Teorell zeigen, blieb die Zahl autoritär ausgestalteter Monarchien im untersuchten Zeitraum weitgehend stabil geblieben: Existierten 1972 15 derartiger Monarchien,

waren es 2003 noch 13, von denen die meisten in der muslimischen Welt beheimatet waren. Bildeten noch in den 1970er und 1980er Jahren Militärregime und Einparteieregime die häufigste Form autoritärer Herrschaft, ist in der Zwischenzeit die Zahl derartiger autoritärer Regime deutlich zurückgegangen, während sich gleichzeitig beschränkte Mehrparteienregime zum am weitesten verbreiteten Typ autoritärer Regime entwickelt haben. Durchaus im Einklang mit diesen empirischen Ergebnissen hat Buruma (2007) vorausgesagt, dass unter den Diktatoren des 21. Jahrhunderts weniger Militärs und ideologisch motivierte Revolutionäre, dafür mehr „Machertypen“ wie erfolgreiche Unternehmenskapitäne zu finden sein werden.

3. Stützen autoritärer Herrschaft

Wie bereits angedeutet, ist die langfristige Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaft keineswegs einfach. Innerreligiöse Konflikte, innerer Aufruhr oder massive wirtschaftliche Probleme können zum Einsturz autoritärer Regime führen. Wie versuchen autoritäre Regime ihre Herrschaft abzusichern? „Klassische“ Stützen oder Quellen autoritärer Herrschaft bilden Kontrollorgane und -mechanismen – von willfähriger Justiz und Polizei bis hin zu umfassenden Staatssicherheitsapparaten und Spitzelnetzwerken –, der gezielte Einsatz staatlich kontrollierter Medien sowie von Propaganda und Indoktrination, die Besetzung von Schlüsselpositionen mit Familien- und Clanmitgliedern sowie die Verfügungsgewalt über Wirtschaftsmittel und Waffen. Repression, Einschüchterung und die Erzeugung eines Klimas der Angst bilden keineswegs die einzigen Instrumente autoritärer Regime, um Stabilität hervorzubringen: In der Regel sind autoritäre Regime bemüht, ihre Herrschaft auch legitimatorisch abzusichern, wobei persönliches Charisma, religiöse Überzeugungen, Ideologie und/oder der Verweis auf historische Verdienste um die Nation sowie aktuelle Leistungen materieller und immaterieller Art zum Einsatz kommen können. Autoritäre Regime können Herrschaft mittels mehr oder minder umfassender Patronagenetzwerke, ethnischer Verbindungen und/oder massengestützter Parteien ausüben. Derartige „Linkages“ dienen dazu, Wurzeln in der jeweiligen Gesellschaft zu schlagen und die Loyalität wichtiger Teile der Bevölkerung zu sichern (vgl. Snyder 2006).

In der jüngeren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Stabilität und Dauerhaftigkeit autoritärer Regime wurden vor allem zwei Erklärungsansätze bemüht, welche die bisherige Diskussion der Quellen autoritärer Herrschaft ergänzen oder vertiefen. Der eine politikökonomische Erklärungsansatz hebt auf den Zusammenhang zwischen Ressourcenreichtum und der Stabilität autoritärer Herrschaft ab. Kurz gefasst besagt die so genannte Rentierstaatshypothese, dass nationaler Reichtum an Ressourcen (Öl, Gas, Edelsteine etc.) zum Überleben autoritärer Regime beiträgt. Einkommen aus Ressourcenvorkommen, so ein Hauptargument, können dazu eingesetzt werden, interne Sicherheitsapparate auf- und auszubauen sowie Patronagenetzwerke zu finanzieren, die wiederum dazu dienen, mögliche Opposition gegen das autoritäre Regime zu unterdrücken oder zu neutralisieren. Ein anders gelagertes Argument hebt darauf ab, dass Ressourceneinkommen die Notwendigkeit von Regierungen, die eigene Bevölkerung zu besteuern, verringern oder sogar gänzlich aufheben. Die Abwesenheit von Steuerbelastungen verringert wiederum das Interesse der Bevölkerung an einer umfassenden Rechenschaftspflicht des herrschenden Regimes. Wie Ulfelder (2007) jüngst gezeigt hat, trug zumindest in den letzten drei Jahrzehnten Ressourcenreichtum beträchtlich dazu bei, autoritäre Herrschaft in zahlreichen Ländern aufrechtzuerhalten, die niemals demokratisch regiert worden waren, sowie zur Verzögerung einer Rückkehr zu Demokratie in solchen Ländern, die zu einem früheren Zeitpunkt einmal demokratisch waren.

Der andere Erklärungsstrang beschäftigt sich mit den institutionellen Grundlagen autoritärer Herrschaft, wobei besonderes Interesse Wahlen, Parlamenten und (Regierungs-)Parteien gilt. Wie erwähnt stellen mittlerweile elektorale Regime den am weitesten verbreiteten Typ autoritärer Regime dar. Die Zunahme derartiger Regime lässt sich zum einen auf den seit Ende des Kalten Krieges gewachsenen westlichen Druck – nicht zuletzt seitens der Entwicklungshilfegeber – zurückführen, demokratische Mindeststandards einzuhalten. Zum anderen können kontrollierte (Parlaments-) Wahlen durchaus im Interesse autoritärer Regime liegen, da sie eine Möglichkeit darstellen, die Opposition einzubinden, indem dieser der Zugang zur Legislative und damit unter Umständen auch ein beschränkter Einfluss auf materielle Politik geboten wird. Wahlen in elektoralen autoritären Re-

gimen können darüber hinaus aus Sicht der Herrschenden nicht nur eine kontrollierte Äußerung abweichender Meinungen ermöglichen, sondern auch dazu genutzt werden, die Opposition auseinander zu dividieren, die Effizienz der Informationssammlung und der Patronageverteilung zu erhöhen und die Dominanz der herrschenden Partei zu demonstrieren (Magaloni 2006; Gandhi/Przeworski 2007). Letztlich stellen jedoch auch Wahlen, die auf verschiedene Art und Weise beeinflusst, verzerrt und instrumentalisiert werden, ein zweischneidiges Schwert für autoritäre Regime dar: Beschränkter Mehrparteienwettbewerb kann zur Keimzelle für Demokratisierungsprozesse werden (Schedler 2006; Levitsky/Way 2007). Ein derartiger Automatismus ist hierbei allerdings nicht gegeben, und autoritäre Regime, die einen begrenzten Parteien- und Wählerwettbewerb zulassen, werden immer hoffen, diesen ausreichend kontrollieren zu können.

4. Herausforderungen durch autoritäre Mächte

Heute, rund 15 Jahre nachdem Fukuyama das „Ende der Geschichte“ proklamierte, fallen die Einschätzungen zur weltweiten Zukunft der Demokratie deutlich verhaltener, ja mitunter recht pessimistisch aus. Larry Diamond (2008) spricht von einem „Zurückrollen der Demokratie“ und einem Wiedererstarken von „Raubtierstaaten“. Besorgte liberale Kommentatoren sehen eine „neue Internationale der Autokratien“, die aufbauen kann auf eine Renaissance der autoritären Herrschaft „mit einem China, das Parteidiktatur und Wachstumswunder verbindet, mit einem als Energiegroßmacht konsolidierten Russland, mit ölreichen Führerstaaten wie Iran und Venezuela. Die Freiheitsfeinde bilden kein diszipliniertes Lager wie einst der Ostblock, aber gegen westliche Menschenrechtspolitik und gegen ‚Einmischung in die inneren Angelegenheiten‘ halten sie zusammen“ (Roß 2008). Konservative Analytiker wie Gat (2007) diskutieren derweil den (Wieder-)Aufstieg „autoritärer Großmächte“, allen voran der VR China, und dessen mögliche Implikationen. Es wäre in der Tat fahrlässig, das Erstarken Chinas und – mit Abstrichen – Russlands mit Verweis auf deren zweifelsohne bestehende innere Probleme oder aber offene Fragen zum nachhaltigen Wachstum dieser Länder einfach abzutun. Dazu sind die gegenwärtigen Herausforderungen, die der Aufstieg

autoritärer Mächte für den „Westen“ aufwirft, einfach zu bedeutsam.

Zum ersten liefern die autoritären Großmächte China und Russland potenziellen Nachahmern ein attraktives Gegenmodell zur liberalen Demokratie. Während die USA durch die fragwürdige Intervention in Irak und ihr trauriges Nachspiel (Stichwort: Guantánamo) auf geraume Zeit internationalen Kredit und moralische Führungsansprüche verspielt haben, geben sich andere westliche Demokratien angesichts ungelöster wirtschaftlicher und sozialer Probleme Selbstzweifeln hin. Demgegenüber vermitteln China und Russland einen Eindruck von Stärke und pflegen ihre alten und neuen Interessensphären im regionalen Hinterland wie auch weltweit. In wirtschaftspolitischer Hinsicht bietet insbesondere China ein auf den ersten Blick attraktives Modell: Mancherorts scheint jedenfalls das „Modell Beijing“ (staatliche Industriepolitik und Währungskontrollen) deutlich attraktiver als der ungeliebte und mittlerweile auch brüchig gewordene neoliberale „Washington-Konsensus“. Die Ausstrahlungskraft, die von den neuen autoritären Großmächten auf entwicklungshungrige und/oder wenig demokratisch gesinnte politische Führer weltweit ausgeübt wird, sollte jedenfalls nicht unterschätzt werden. Sowohl der liberale Verweis auf den inhärenten Drang des Menschen nach Freiheit wie auch der konservative Verweis auf die Wachstumspotenziale der USA, des größten „Leuchtturms der Demokratie“ (vgl. Gat 2007), bilden noch keine Strategie für die Auseinandersetzung mit dem Modell, das mit den neuen autoritären Großmächten verbunden ist.

Eine weitere Herausforderung, die vom Erstarken autoritärer Großmächte ausgeht, betrifft globale Steuerung. Es wäre naiv anzunehmen, dass Staaten wie China einfach die überkommenen, vom Westen maßgeblich bestimmten Spielregeln der Weltpolitik und -wirtschaft einfach akzeptieren. Autoritäre Großmächte (wie auch andere „Aufsteiger“ in der Weltpolitik) werden zunehmend auf mehr Mitsprache und Einfluss bei der Ausgestaltung von Global Governance samt des damit verbundenen institutionellen Gefüges pochen. Die diesbezüglichen Positionen werden der EU und den USA nicht immer passen.

Auch die zunehmenden Abhängigkeiten westlicher Länder von autoritären Regimen werfen Herausforderungen auf. Hier ist zum einen die Abhängigkeit von Energielieferungen (insbesondere Öl und Gas) aus autoritär regierten Ländern

zu nennen, die zwar schon lange bestehen, aber angesichts des wachsenden weltweiten Energiehungers und des damit verbundenen Preisanstiegs an Brisanz gewonnen haben. Diese Abhängigkeit birgt die Gefahr, dass sich die westlichen Demokratien, die den kostspieligen Energiebedarf ihrer Volkswirtschaften decken müssen, auseinander dividieren lassen. Abhängigkeiten von autoritären Regimen bestehen aber auch, wenn es darum geht, globalen Herausforderungen wie Klimaschutz oder Terrorismus zu begegnen. Ohne die Kooperation autoritär registrierter Nationen, zumal strategisch und wirtschaftlich bedeutsamer, lassen sich keine globalen Lösungen finden und umsetzen. Auch hier scheinen Konflikte zwischen manifesten Interessen und demokratischen Idealen programmiert; realpolitische Überlegungen könnten im Zweifelsfall den Vorrang vor dem Einsatz für Freiheits- und Menschenrechte erhalten. In sicherheitspolitischer Hinsicht oder anderweitig strategisch wichtige autoritäre Regime dürfen zumindest hoffen, eher mit Glacéhandschuhen angefasst zu werden.

Vor dem Hintergrund der neuen oder zumindest gestiegenen Herausforderungen, die von autoritären Großmächten ausgehen, erscheint die jüngst (nicht nur) in den USA diskutierte Idee, einen weltweiten „Bund der Demokratien“ zu bilden (vgl. Rudolf 2008), zunächst attraktiv. Auch der ähnlich gelagerte Gedanke der Bildung „strategischer Partnerschaften“ mit ausgewählten „demokratischen Führungsmächten“ in den einzelnen Weltregionen scheint in diesem Zusammenhang auf den ersten Blick interessant. Doch setzen derartige Vorstellungen eine Homogenität der Beschaffenheit des „demokratischen“ wie auch des „autoritären Lagers“ sowie der internen Dynamiken und Interessenlagen der betreffenden Länder voraus, die wenig mit der komplexen Realität zu tun hat. Auch darf die Fähigkeit (und hier und da auch der Wille) demokratischer „Ankerländer“, effektive regionale Führerschaft auszuüben, in Frage gestellt werden. Die Antworten auf die Herausforderungen, die sich aus dem weltweiten Erstarren des Autoritarismus im Allgemeinen und des Aufstieg autoritärer Großmächte im Besonderen ergeben, werden daher differenzierter ausfallen müssen.

Literatur

- Buruma, Ian (2007): Tyranny in the twenty-first century, in: *Financial Times*, 08.01., S. 13.
- Diamond, Larry (2008): The Democratic Rollback, in: *Foreign Affairs*, März/April, S. 36-48.
- Dinmore, Guy (2007): A uniform trend? How democracy worldwide is on the back foot, in: *Financial Times*, 17.01., S. 9.
- Freedom House (2008): Freedom in the World 2008. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties, Washington, D. C.
- Gandhi, J./Przeworski, A. (2007): Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats, in: *Comparative Political Studies*, 40, 11, S. 1279-1301.
- Gat, Azar (2007): The Return of Authoritarian Great Powers, in: *Foreign Affairs*, Juli/August, S. 59-69.
- Geddes, Barbara (1999): What Do We Know About Democratization After Twenty Years?, in: *Annual Review of Political Science*, 2, S. 115-144.
- Hadenius, A./Teorell, J. (2007): Pathways from Authoritarianism, in: *Journal of Democracy*, 18, 1, S. 143-156.
- Levitsky, S./Way, L. A. (2007): Competitive Authoritarianism: International Linkage, Organizational Power, and the Fate of Hybrid Regimes, Ms.
- Magaloni, Beatriz (2006): Voting for Autocracy: Hegemonic Party Survival and Its Demise in Mexico, Cambridge.
- Roß, Jan (2008): Fackel im Sturm, in: *Die Zeit*, 03.04., S. 5.
- Rudolf, Peter (2008): Ein „Bund der Demokratien“: Amerikas neuer globaler Multilateralismus?, SWP-Aktuell, April.
- Ulfelder, Jay (2007): Natural-Resource Wealth and the Survival of Autocracy, in: *Comparative Political Studies*, 40, 8, S. 995-1018.
- Schedler, Andreas (Hg.) (2006): Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition, Boulder, Col.
- Snyder, Richard (2006): Beyond Electoral Authoritarianism: The Spectrum of Non-Democratic Regimes, in: Schedler, Andreas (Hg.): *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder, Col., S. 219-231.
- Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*, New York.
- Huntington, Samuel: (1991). *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman, Oklahoma.

■ Der Autor

PD Dr. Patrick Köllner ist amtierender Direktor des GIGA Institut für Asien-Studien und leitet den GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 (Legitimität und Effizienz politischer Systeme).

E-Mail: koellner@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/koellner>.

■ Gegenwärtige Forschung am GIGA zum Thema

Der GIGA-Forschungsschwerpunkt 1 beschäftigt sich im Rahmen des Analysefeldes 3 (Herrschaftsausübung und Regieren in außereuropäischen Kontexten) mit autoritären Regimen; Ende 2007 wurde zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

■ GIGA-Publikationen zum Thema (Auswahl)

Beck, Martin (2007): Der Rentierstaats-Ansatz und das Problem abweichender Fälle, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 14, 1, S. 43-70.

Bünthe, Marco (2007): „Problemstaat“ Myanmar – zum schwierigen Umgang mit dem Militärregime, GIGA Focus Asien, Nr. 11.

Erdmann, Gero/Engel, Ulf (2007): Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept, in: Journal of Commonwealth and Comparative Studies, 45, 1, S. 95-119.

Fürtig, Henner (Hg.) (2007): The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence, Newcastle.

Gerschewski, Johannes (2008): Weltweites Ende oder Renaissance des Totalitarismus?, GIGA Focus Global, Nr. 5.

Gerschewski, Johannes/Köllner, Patrick (2008): Nordkorea und kein Ende? Zum Wandel innenpolitischer Legitimation und externer Stützung der DVRK, in: Maull, Hanns W./Wagener, Martin (Hg.): Prekäre Macht, fragiler Wohlstand? Globalisierung und Politik in Ostasien, Baden-Baden (im Erscheinen).

Holbig, Heike (2007): Sinisierung der Demokratie: Chinas Parteiführung setzt auf eigene Werte, GIGA Focus Asien, Nr. 12.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika und Nahost sowie zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. GIGA *Focus* Global wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Das GIGA und die Autoren können für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben, nicht haftbar gemacht werden; die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM